

Dieser Erlebnisbericht schildert meine rein subjektive Wahrnehmung. Ich will versuchen objektiv zu sein, habe aber keinesfalls den Anspruch protokollarischen Ansprüchen zu genügen. Die Darstellung orientiert sich zwar an der zeitlichen Abfolge, wo es mir hilfreich erscheint, greife ich aber in der Darstellung dem Ablauf vor, um thematisch zusammenhängende Dinge auch so schildern zu können.

Der Sitzungssaal des Rathauses ist sehr gut besucht. Zum Start gegen 18:00 Uhr drängen sich 18 Gäste im hinteren Teil des Sitzungssaales. Die Akustik ist so schlecht, dass gebeten wird die Mikrofon-Anlage einzuschalten. Das misslingt. Dabei bleibt unklar ob das an einer Fehlfunktion oder einer Fehlbedienung liegt. Da beim Versuch sie in Gang zu setzen die Leinwand raus- und reinfährt und ein Licht bedenklich anfängt zu flackern scheint in jedem Fall Handlungsbedarf gegeben zu sein. Die Kommunikationsprobleme sowohl innerhalb des Gemeinderats, sowie zwischen Gremium, Bürgermeister und Verwaltung erscheinen so in einem völlig neuen Licht. Man muss sich schon verstehen um miteinander sprechen zu können.

Top 1: Niederschrift

Zunächst gibt es Wortmeldungen zur [Tagesordnung](#).

Laut Herrn Ollinger gibt es eine Resolution des OR Oberleuken zu Windkraftanlagen östlich Schwarzbruch, und fragt warum das bisher noch nicht auf der Tagesordnung des GR stand. BGM Schmitt antwortet, dass ihm das nicht bekannt sei.

Top 19 „Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung des BGM“ soll auf Vorschlag der Verwaltung in den öffentlichen Teil verschoben werden (Top 14.1). Leider wird dieser Punkt trotzdem nicht mehr behandelt werden, weil die Sitzung aufgrund von Zeitmangel bereits nach Top 10 vorzeitig beendet werden wird.

In der Einwohnerfragestunde wird eine einzelne Eingabe behandelt. Ich hatte gefragt, inwieweit die geplante Einführung eines B-Planes in Oberperl Einfluss auf die Gutachten (Verkehr & Lärm) des Hotelbaus auf dem jetzigen Sportplatz Hammelsberg hat. Da es sich nicht um ein neues Baugebiet handelt, sondern um eine Überplanung des Bestandes wird meine Frage in Top 6 (Aufstellung eines Bebauungsplanes „Ortslage Oberperl“) verschoben.

Die ungenaue Formulierung wird noch öfter dafür herhalten müssen die Frage selbst möglichst gar nicht zuzulassen, als ob die eigentliche Frage bzgl. der Gutachten davon abhängig wäre...

Es geht weiter mit dem Beschluss über die Niederschrift der Sitzung vom 21. Juli 2015. Herr Fixemer hatte eine Korrektur eingereicht die kurz besprochen und angenommen wird. Frau Kremer-Woltz benennt eine weitere Änderung, die ebenfalls angenommen wird. Herr Keren weist darauf hin, dass die Antwort auf die Bürgerfrage von Herrn Uwe Köck im Protokoll fehlt (Stand der Sportplatz Baumaßnahmen hinterm Schengen-Lyzeum für das Schengen-Lyzeum). Der BGM weist darauf hin, dass es keine Antwort gab. Der Neubau des Sportplatzes hinterm Schengen-Lyzeum steht auf der heutigen Tagesordnung (allerdings nicht für die Schule, sondern für den FC, dieser Punkt wird ebenfalls wegen Zeitmangels nicht mehr behandelt werden).

Die sich anschließenden Diskussion gipfelte in der Aussage Herr Kerens: „noch eine Sitzung dann haben wir es hinter uns“ und der Replik des BGM: „Ich bin auch froh wenn ich sie nicht mehr sehe“. Daraufhin weist Herr Ollinger darauf hin, dass der BGM als Vorsitzender des GR die Contenance zu wahren hat. Er kann ggfs. ein GR-Mitglied rügen aber keinesfalls in den gleichen Ton verfallen. Das Raunen unter den Anwesenden scheint darauf hinzudeuten, dass allen die Bedeutung des guten Umganges klar wird, sowohl innerhalb des GR wie vermutlich zwischen Verwaltung und GR.

Die Niederschrift wird mit einer Ablehnung und 2 Enthaltungen angenommen.

Top 2: Einführung eines neuen GR-Mitgliedes

Matthias Blatt (SPD) aus Sehndorf wird als neues GR-Mitglied verpflichtet, da Herr Gustave Meisenburg (SPD) aus beruflichen Gründen seinen Rückzug aus dem Gremium mit Wirkung zum 07. Aug. 2015, mitgeteilt hat. Michael Fixemer wird die dadurch frei werdende Stelle im Werksausschuß besetzen (Top3).

Top 4 (Unterbringung Asylbewerber) wird mit Top 10 (Situation der Flüchtlinge) zusammengelegt.

Der BGM spricht sehr lange über die Aufnahme der Asylbewerber im Kreis Merzig-Wadern und trägt im Wesentlichen Statistiken mündlich vor.

Hätte der BGM die Idee gehabt die Sitzung vorzeitig beenden zu wollen um Punkte am Ende der Tagesordnung nicht behandeln zu müssen, dann hätte er mit diesem Vorgehen eine „elegante“ Möglichkeit gefunden und sich kaum geschickter anstellen können.

Herr Edwin Ollinger stellt die Situation der Aufnahme der Flüchtlinge in der Gemeinde vor:

- Es werden Verhandlungen um Wohnraum mit Bedacht geführt um den Mietspiegel möglichst wenig zu beeinflussen.
- In jedem Fall ist die Gemeinde der Vertragspartner des Vermieters und nicht die Flüchtlinge.
- Es laufen Verhandlungen über 9 Objekte mit insg. 40 Plätzen. Da bis Ende des Jahres mit weiteren 30 Flüchtlingen gerechnet wird, sollte für 2015 kein Problem bestehen. Die Situation in 2016 ist noch nicht abschätzbar.
- Flüchtlinge werden innerhalb der Gemeinde nach Verfügbarkeit des Wohnraumes auf die Ortschaften verteilt, ohne Anwendung eines weiteren Verteilschlüssels. Das Thema soll im Rahmen einer Ortsvorsteher-Dienstbesprechung weiter vertieft werden, auch um zusätzlichen Wohnraum aufzuzeigen.
- Bei den Flüchtlingen handelt es sich hauptsächlich um Einzelpersonen die allerdings das Recht auf Familiennachzug haben, sobald ihr Status als Asylbewerber anerkannt wird.
- Die Flüchtlinge werden nach Nationalität getrennt untergebracht, um das Konfliktpotential in Grenzen zu halten (insbesondere zwischen Afghanen und Syrern).
- Es gibt 20 Ehrenamtler die allerdings bereits an der Kapazitätsgrenze operieren und koordinierend von der Gemeinde unterstützt werden, der Ansprechpartner bei der Verwaltung ist Herr Stefan Ritter.
- Das Taschengeld von €143,-/Monat für die Asylbewerber wird direkt vom Landkreis Merzig-Wadern ausgezahlt, die personenbezogenen Kosten die der Gemeinde entstehen halten sich damit im moderaten Rahmen.

Herr Raczek fragt nach den Gesamtkosten für die Gemeinde über die reine Unterbringung hinaus, z.B. Möblierung der Wohnungen. In der Regel werden die Wohnungen möbliert angemietet oder über Spenden eingerichtet, darüber hinaus gibt es die Möglichkeit auf Zuschüsse vom Sozialamt. Es gibt aber keine Übersicht über alle potentiell möglichen Kosten (z.B. Dolmetscher, Prozesskosten u.a.)

Herr Bastian teilt mit, dass sich die Ehrenamtler untereinander kennen und gut vernetzt sind. Das derzeit größte Problem besteht in der Logistik der Sachspenden. Die schiere Menge zu

lagern und bei Bedarf das entsprechende Teil zu finden ist alles andere als trivial. Es wird ein Raum dazu gesucht, der kaum zu groß sein kann.

Am 10. Oktober soll im Schengen-Lyzeum ein Kennenlernetreffen stattfinden, dass ebenfalls von den Ehrenamtlern organisiert wird.

Herr Dr. Bach fragt nach der praktischen Verteilung der Flüchtlinge, das Verfahren wird von Herrn Edwin Ollinger erläutert. In Wadern, Weiskirchen und dem Hochwalddraum existiert soviel Leerstand, dass diese Gemeinden schon über Soll Flüchtlinge aufgenommen haben. Herr Raczek fragt, warum der Verteilschlüssel sich dann nicht am Leerstand, sondern an der Bevölkerung orientiert. Herr Edwin Ollinger begründet das mit der Integrationsarbeit, die sich möglichst gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen soll. Das führt natürlich dazu, dass die Kosten der Unterbringung in Abhängigkeit vom lokalen Mietspiegel stark schwanken, das ist aber so gewollt und akzeptiert (Sozialhilferechtliche Vorgabe). Laut BGM Schmitt müssen notfalls Hotelzimmer angemietet werden, da der Wohnungsmarkt in Perl angespannt ist. Herr Fixemer schlägt vor, die Option zu prüfen ob, wo und wieviele Zelte aufgestellt werden können. Dazu soll auch eine mögliche Kooperation mit der Bundeswehr geprüft werden. Dadurch soll auch vermieden werden, dass sonstige öffentliche Einrichtungen zur Unterbringung genutzt werden müssen. Das hält der GR mehrheitlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht für notwendig.

Herr Edwin Ollinger teilt mit, dass es auf Kreisebene Überlegungen gibt, eine zentrale Notlösung für den gesamten Kreis anzubieten, um nicht jede Gemeinde damit alleine zu lassen. Eine Entsprechende Rückmeldung vom GR an die Kreisverwaltung wäre wünschenswert. Es wird besprochen ob gemeindeeigener Wohnraum gekündigt werden könnte um zusätzlichen Platz für die Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen. Das wird abgelehnt, weil es der Integration alles andere als förderlich sein wird, sondern Ressentiments Vorschub leisten würde.

Es gibt einen alten Beschluss ehemalige Lehrerdienstwohnungen nicht zu sanieren. Die CDU schlägt vor, an diesem Beschluss festzuhalten, weil die Schulsituation noch nicht geklärt ist. Die SPD schlägt vor, das Thema in den Bauausschuss zu verlegen. Darüber besteht im GR Konsens. Desweiteren schlägt die Verwaltung vor, den Ankauf von geeigneten Objekten zu prüfen. Dieser Prüfung stimmen alle Fraktionen zu.

Herr Ernst-Rudolf Ollinger fragt nach der Anzahl der schulpflichtigen Kinder und der Unterrichtssituation. Die Verwaltung ging bisher davon aus, dass eine Schulpflicht erst besteht wenn der Asylantrag angenommen wurde. Herr Ollinger weist darauf hin, dass das Bildungsministerium die Schulpflicht ab dem ersten Tag der Unterbringung gegeben sieht.

Herr Fixemer schlägt vor, einen Ausländerbeirat zu begründen und eine/n Integrationsbeauftragte/n zu benennen. Der GR lehnt das ab, weil es zu Überschneidungen mit der Arbeit der Ehrenamtler kommen würde, in Bezug auf die Flüchtlinge. Geht es aber um alle Ausländer, dann ist fraglich wer im Dreiländereck eigentlich als Ausländer angesehen wird, betrifft das auch die Großregion?

Herr Bastian teilt mit, dass sich Lehrer des Schengen-Lyzeums bereit gezeigt haben, ihre Freistunde zu nutzen um den Flüchtlingen Deutschunterricht anzubieten.

Herr Markus Hen arbeitet in der Erstaufnahmeeinrichtung Trier und berichtet weitere Details zum Ablauf der Aufnahme von Asylbegehrenden.

Alle Fraktionen danken der Verwaltung für die gute Arbeit in Bezug auf die Flüchtlinge und die Darstellung des Status quo.

Top 5: Bauleitplanung Hotelanlage mit angegliederter Seniorenresidenz

Etwa eine Stunde nach Sitzungsbeginn betreten Frau End (Fa. Kernplan) sowie Herr Linsler (Victor's Gruppe) den Sitzungssaal und setzen sich nicht in den Besucherbereich, sondern direkt neben den Bürgermeister. Sie müssen über eine halbe Stunde auf ihren Einsatz warten. BGM Schmitt weist darauf hin, dass den GR-Mitgliedern mit der Einladung wesentliche Dokumente zugestellt wurden. Nachträglich wurde per PDF die Information verteilt, dass Victor's sich bereit erklärt 42 zusätzliche Stellplätze in einer Tiefgarage zu realisieren. Er stellt den Beschlussvortrag vor, wonach der GR den Änderungsantrag des B-Planes in der vorliegenden Fassung beschließen und damit in die öffentliche Auslegung geben möge.

Frau End weist zuvor darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt das Verfahren nicht sinnvoll eröffnet werden kann. Sowohl der Plan wie auch die Gutachten gehen bisher von 56 Stellplätzen aus, allerdings sind jetzt bis zu 98 Stellplätze möglich. Zunächst müssen sowohl Plan wie auch die Gutachten angepasst werden.

Herr Ollinger (CDU) bedankt sich recht herzlich bei Herrn Linsler für das deutliche Entgegenkommen. Im Mai 2013 wurden Vertragsentwürfe angefordert, die die Situation mit dem FC Perl klären sollen. Weitere notwendige Vertragsentwürfe des städtebaulichen Vertrages, des Durchführungsvertrages, sowie des Kaufvertrages über das Grundstück sind notwendige Voraussetzung um über eine Offenlegung auch nur beraten zu können. Herr Ollinger fragt Herrn Linsler direkt, ob es einen Entwurf über einen Kaufvertrag gibt.

Herr Linsler bestätigt, dass bereits im Nov. 2014 von Victor's, in Abstimmung mit BGM Schmitt, ein Notar beauftragt wurde um einen entsprechenden Kaufvertrag vorzubereiten. Er sollte u.a. alle Punkte enthalten die zwischen Victor's und dem BGM abgestimmt wurden. Dieser Entwurf wurde dann letztes Jahr im November an den BGM übermittelt.

Daraufhin fragt Herr Ollinger nach, wie der Rat über etwas abstimmen soll, was zwar dem Bürgermeister seit ca. 10 Monaten vorliegt, dem Rat jedoch bis dato unbekannt ist. Dieser Umgang ist dem Rat nicht zuzumuten. Der BGM wird aufgefordert umgehend alle notwendigen Vertragsunterlagen dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Herr Fixemer stellt die Nachfrage an Herrn Linsler, ob die zusätzlich angebotenen Tiefgaragenplätze den Maximalausbau darstellen, oder ob auch eine größere Anzahl denkbar sei. Herr Linsler zeigt sich bereit bis zu 50 Tiefgaragenstellplätze zu bauen, möchte aber ein „Überangebot“ vermeiden. Dabei argumentiert er mit der Erfahrung aus anderen Standorten. Dieses Argument wurde auch schon verwendet um die 56 Stellplätze zu rechtfertigen.

Wenn jetzt die gleiche Wortwahl für die doppelte Anzahl von Stellplätzen genutzt wird, dann stellt sich mir die Frage wie diese Argumentation bewertet werden soll und muss.

Herr Linsler bittet den GR geradezu um eine Stellungnahme dazu, welche Anzahl von Stellplätzen der GR für erforderlich hält.

Herr Keren bemängelt das Fehlen des Durchführungsvertrages, weil sonst der GR keinerlei Möglichkeit hat Tempo in der Sache zu machen. Er weist auf Ähnlichkeiten bzw. Parallelen zum Pachtvertrag für eine Windkraftanlage auf Renglichberg hin. Dort wird auf absehbare Zeit kein Windrad gebaut werden, so dass der Gemeinde ein Schaden durch entgangene Einnahmen entsteht. Um dem FC-Perl entgegenzukommen schlägt er vor, das Clubhaus am jetzigen Standort zu renovieren und sich anschließend um die Nutzung der Fläche hinterm Schengen-Lyzeum zu kümmern. Dort sind neben der Entwässerung noch weitere Fragen zu klären, z.B. wofür die aufgefüllte Schotterfläche für 346 PKW wirklich gut sein soll (Er habe gesagt bekommen: „die sind da hingegangen“).

BGM Schmitt führt darauf hin zum wiederholten Male aus, dass der Investor den Kaufvertrag erst unterschreiben wird, wenn er Baurecht hat, sprich wenn die Änderung des B-Planes rechtskräftig ist.

Offensichtlich verkennt er dabei, dass es sich um ein Verfahren handelt das „Zug um Zug“ abläuft, wobei die Kenntnis des nächsten oder übernächsten Zuges durch die Einsicht in Vertragsentwürfe schon vorab möglich sein muss.

Herr Ollinger nennt die Ausführungen des BGM „viel Wind“, und sieht den GR „hinters Licht geführt“ (*Die Verwaltung blockte Nachfragen bzgl. der Bürgereingaben ab mit dem Hinweis diese lägen zur Auswertung bei der Fa. Kernlan. Laut Herr Kern wurden sie aber niemals dorthin übermittelt. Offensichtlich handelt es sich um widersprüchliche Aussagen von denen zumindest eine falsch sein muss!*). Die Bedeutung von schriftlichen Verträgen und deren Kenntnis wird später im Rahmen der Diskussion um das Feuerwehrhaus Besch erneut deutlich werden.

Weiterhin führt Herr Ollinger aus, was Herr Mohsmann von Paulus & Partner antwortete, als er in der letzten Bauausschusssitzung gefragt wurde, wie die Einleitung des Abwassers in die Quirinustrasse möglich sein soll. Daraufhin fühlte sich Herr Mohsmann vom BGM falsch verstanden, das wäre in dieser Form nie gesagt worden. Der tatsächliche Vorschlag weicht stark von dem ab, was in der Bürgerversammlung vorgestellt wurde. Leider wird nicht näher erläutert worin diese Abweichung genau besteht.

Herr Keren hat die Summen der Ausschreibungen addiert, die für die Vorarbeiten der Sportplätze am Schengen-Lyzeum gemacht wurden und kommt auf eine Summe von 2-3 Mio:

- Auffüllungen (3m) für Parkplätze
- Kreisverkehr und Bus-Wendeplatz wurde bereits vom Rechnungshof gerügt.
(http://www.rechnungshof.saarland.de/medien/inhalt/Pressemitteilung_JB_2013.pdf Seite 17:
Weder die Gemeinde Perl noch das zuschussgebende Ministerium waren in der Lage, die Überlastung des bestehenden Busbahnhofs und somit die Notwendigkeit einer Verdoppelung der Haltestellen des neuen Busbahnhofs darzulegen.)
- Parkplatz am Friedhof wurde nicht ausgebaut und liegt im Schotter, während im Gewinn ein Parkplatz mit 10 Lampen entstand, ohne dass der Nutzen offenbar würde.

Ihm fehlt ein Gesamtkonzept, aus dem hervorgeht welchen Mehrwert sich die Gemeinde von diesen Investitionen verspricht. Pro Sportplatz mit Außenanlagen veranschlagt er 8 – 10.000 m² Fläche, wohingegen am Schengen-Lyzeum insg. 80.000 m² vorhanden sind. Wie diese Flächen in Gemeindehand übergegangen sind ist Herr Keren auch unbekannt (Flurbereinigung?).

Der BGM zweifelt diese Investitionsdarstellungen anschließend an. Persönlich finde ich diese Ausdrucksweise bedenklich, denn der Bürgermeister sollte sie genau kennen. Zweifel sind unangebracht.

Herr Linsler bekräftigt den Willen der Victor's Gruppe, ein zweites Sportfeld auf eigene Kosten hinterm Schengen-Lyzeum bauen zu wollen.

Herr Racezk bedauert die Tatsache, dass Vorschläge der Bürger ihren Weg selbstständig zu den GR-Mitgliedern finden müssen und nicht über die Verwaltung. Er möchte die Argumente prüfen die für einen Hotelbau auf dem Sabel sprechen. Da sich laut Herrn Linsler die Frage bisher nie gestellt habe, ob auch ein Bau auf dem Sabel denkbar sei, wird sie direkt an ihn gerichtet. Darauf antwortet Herr Linsler ganz klar, dass für Ihn das Projekt erledigt sei, wenn es nicht am Standort Hammelsberg auf dem bisherigen Sportplatz realisiert werden kann.

Mein Versuch das Thema Pflichtenheft zu den Gutachten in Anwesenheit von Herrn Linsler und Frau End zur Sprache zu bringen wird vom BGM Schmitt mit den Worten kommentiert „Sie sind im falschen Film“ – in der Tat komme ich mir zu diesem Zeitpunkt fast so vor.

Top 6: Bauleitplanung Oberperl

Am 01.09.2015 hat der OR Oberperl in seiner Sitzung eine Empfehlung bzgl. des Geltungsbereiches beschlossen und an dem GR übermittelt. Der OR bittet den GR darum einen Aufstellungsbeschluss zu fassen und eine Änderungssperre zu erlassen. Frau Kremer-Wolz stellt die Frage nach der Erforderlichkeit, „was ist Ziel und Zweck“ des Bebauungsplanes?

Herr Fixemer erläutert die Nachteile des §34 BauGB am Beispiel Tettingen-Butzdorf. Derartiges (Ausnahmen und Befreiungen jahrelang diskutieren) soll sich in Oberperl nicht wiederholen. Dies wird vom BGM zusätzlich bekräftigt indem er auf Investoren verweist die sich die „Dehnbarkeit des 34“ zu Nutze machen. Er erinnert an eine „Notoperation“ in der die Haus-Biringer Straße überplant wurde, weil dort „Bauklötze“ vorgesehen waren. Die darauf folgende Klage vor dem Obergericht wurde zu Gunsten der Gemeinde entschieden.

An dieser Stelle frage ich mich: Unterscheidet der BGM zwischen guten Investoren/Bauklötzen (Sportplatz) und schlechten Investoren/Bauklötzen (Oberperl), nach welchem Maßstab?

Der Ortsvorsteher Oberperls, Günter Gelz, führt die Bauvorhaben auf „unter Paulen“ als Negativbeispiel an, die es im weiteren Verlauf von Oberperl zu verhindern gilt.

Frau Kremer-Wolz erwartet, dass diese nachvollziehbaren Gründe in der Vorlage auch so auftauchen. Desweiteren weist sie darauf hin, dass eine Veränderungssperre unmöglich beschlossen werden kann, solange dem GR keine Satzung dazu vorliegt.

Der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan mit der vorliegenden Abgrenzung wird mit drei Enthaltungen angenommen. Die Veränderungssperre kann nicht beschlossen werden.

Zu diesem Zeitpunkt kann ich erneut auf meine Bürgerfrage zurückkommen: Die Haus-Biringer Str. war u.a. im Gespräch als Zufahrtsstraße zum geplanten Hotelneubau auf dem bisherigen Sportplatz Hammelsberg. Zuvor wurde in der Sitzung deutlich, dass die entsprechenden Gutachten (Verkehr und Lärm) überarbeitet werden müssen. Ich sage wörtlich: „Ich frage Sie [BGM Schmitt] ob Sie das Pflichtenheft selbst definieren möchten oder vom Inve“ An dieser Stelle werde ich vom BGM unterbrochen mit den Worten: „Ich diskutiere hier nicht über Pflichtenhefte mit Ihnen, Schluss!“

Dabei hatte Herr Linsler indirekt selbst um diese Vorgabe gebeten! Es steht also zu befürchten, dass die verbleibenden 1,5 Monate des jetzigen BGM ungenutzt verstreichen werden.

Top 7: Bestellung eines Beauftragten (m/w) für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Es werden vom BGM 5 Personen kurz vorgestellt. Die CDU- sowie die SPD-Fraktion benennen Ihre Favoriten. Es wird in geheimer Wahl gewählt. Da nicht klar war ob zwischen allen Vorschlägen abgestimmt wird, oder nur den genannten Favoriten, wird ein zweiter Wahlgang nötig. Roman Pauly (Oberleuken) wird mit 13:11 Stimmen gewählt.

Top 8: Gaskonzessionsvertrag

Der Bauausschuss hat den vorliegenden Vertrag einstimmig für gut befunden. Die Vertragsinhalte liegen der Einladung bei, allerdings weist der BGM darauf hin, dass die Inhalte vertraulich zu behandeln sind. Daraufhin entspinnt sich eine Diskussion, wie sie dann in der öffentlichen

Sitzung besprochen werden können. Eigentlich müsste dieser Punkt deshalb im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. CDU und SPD verständigt sich darauf, dass kein Diskussionsbedarf mehr besteht und so wird der Vertrag mit einer Enthaltung angenommen.

Top 9: Situation der Feuerwehr Besch

Es gibt offensichtlich deutliche Kostensteigerungen sowohl bei der Zuwegung (ca. € 480.000 -> € 1,4 Millionen) wie auch beim Bau des Feuerwehrgerätehauses und des Gemeindezentrums. Diese Kostensteigerungen können nicht abschließend geklärt werden, weil nicht alle betroffenen Planer anwesend sind (Paulus & Partner fehlen). Es sind auch Kosten der Franziskusstrasse enthalten die sich auf Kanalarbeiten beziehen und unabhängig von dem Feuerwehrneubau sowieso anfallen werden (vorgestellt im OR Besch durch Herrn Mohsmann von P&P, berichtet Frau Kremer-Woltz). Diese Kosten können nicht dem Bürgerhaus oder der Feuerwehr angelastet werden. Herr Keren zeigt sich verwundert darüber, dass Herr Schoof nicht darüber informiert worden ist, dass er die Zahlen aufarbeiten und entsprechend gegenüberstellen soll. „Die Sprache des Ingenieurs ist die Zeichnung“. In der nächsten Bauausschußsitzung wird erneut darüber beraten.

Herr Ollinger stellt klar, dass bis September eine Übereinkunft mit dem Bistum Trier hätte getroffen werden sollen um Grundstücksfragen in der Zuwegung zu klären. Frau Kremer-Woltz macht deutlich, dass die mündlichen Gespräche mit dem Bistum abgeschlossen sind. Es scheint aber ein schriftlicher Vertrag zu fehlen. Herr Edwin Ollinger berichtet von einer Mitteilung der Rendantur, wonach das Bistum im Grundsatz der Sache zugestimmt hat „alle weiteren Einzelheiten des Vertrages werden ihnen [der Gemeinde] mitgeteilt“. Auf diese Einzelheiten, zu denen auch der Kaufpreis gehört, wartet die Verwaltung noch heute.

Mir stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob neben der Sprechanlage des Sitzungssaales vielleicht auch das Telefon der Rendantur defekt ist? Oder wie lässt es sich erklären, dass niemand in Trier nachgefragt hat? Selbst eine Fahrt mit dem Zug, zu Verhandlungen in Trier, wäre im Bereich des Möglichen gewesen, hätte man das Thema aktiv voran bringen wollen.

An diesem Punkt bringt Herr Ollinger (CDU) eine Prüfung möglicher Alternativstandorte wiederum ins Spiel.

Der Gemeindeführer Manfred Gelz führt aus, dass auch mit in der aktuellen Mietlösung grundsätzlich eine Weile auszukommen ist, unter der Voraussetzung dass besser geheizt wird, damit es nicht erneut zu Feuchteschäden kommt. Bei den Alternativstandorten weist er auf Verkehrsprobleme hin. So ist eine kreuzungsfreie Zufahrt in beide Richtungen auf die Bundesstraße eine wichtige Voraussetzung.

Der Löschbezirksführer Christoph Rhein verdeutlicht, dass die Heizung im jetzigen Raum für eine Garage wohl ausreichend ist, nicht aber für Mannschaftsräume wo auch z.B. neue Digitalfunkgeräte stehen, die wesentlich sensibler auf Feuchtigkeit reagieren z.B. durch Kondensation bei Temperaturschwankungen. Um eine Feuerwehr aufrecht zu erhalten ist mehr nötig als Material. So ist je nach Schwere des Einsatzes eine unmittelbare Nachbesprechung wesentlich und ohne richtigen Mannschaftsraum nicht durchzuführen. Die Teilnahme an den Übungen geht deutlich zurück. Deshalb ist eine schnelle Lösung wichtig. Natürlich wird die Lösung in Kombination mit dem Vereinshaus bevorzugt, aber wenn das nur langfristig möglich ist, dann ist eine schnelle Lösung wichtiger.

Es wird von Herrn Munhofen auf einen einstimmigen Beschluss des OR Besch hingewiesen. Sollte der GR diesem nicht zustimmen können oder sogar gegen den OR entscheiden wollen, so ist nach dem Kommunalselbstverwaltungsgesetz (§ 73 KSVG) der OR erneut zu beteiligen.

Herr Ollinger weist auf offensichtlichen Dissens zwischen OR und Löschbezirksführer hin (ist die aktuelle Zwischenlösung ausreichend oder nicht?) und sieht weiteren Gesprächsbedarf.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beendet der BGM den öffentlichen Teil vorzeitig gegen 21:00 Uhr.

Die Punkte 11-15 sowie der verschobene Top 19 der [Tagesordnung](#) bleiben offen.

11. Gemeindeentwicklungskonzept für die Gemeinde Perl - Antrag der CDU-Fraktion
12. Ausbau der Bahnhöfe/Bahnhaltepunkte in der Gemeinde Perl - Antrag der SPD-Fraktion
13. **Neubau des Sportplatzes mit zugehörigen Anlagen** des FC Perl - Antrag der SPD-Fraktion
14. Anfragen der SPD-Fraktion zur Nutzung der Sporthalle am Schengen-Lyzeum
15. Informationen, Anfragen und Verschiedenes

Nicht öffentliche Sitzung

16. Auftragsvergaben
17. Grundstücksangelegenheiten
18. Führung eines Rechtsstreites - Berufungsverfahren
19. Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters
20. Personalangelegenheiten
21. Informationen, Anfragen und Verschiedenes